



Detailansicht des Registereintrags

VDP Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

Stand vom 05.08.2025 16:05:38 bis 11.09.2025 16:39:44

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer: R001539

Ersteintrag: 25.02.2022

Letzte Änderung: 05.08.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 11.04.2025

Tätigkeitskategorie: Berufsverband

Kontaktdaten: Adresse:

VDP e.V.

Kronenstraße 3

10117 Berlin

Deutschland

Telefonnummer: +4930284450880

E-Mail-Adressen:

vdp@privatschulen.de

Webseiten:

www.privatschulen.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

720.001 bis 730.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dagmar Mager

Funktion: Präsidentin

2. Dr. Florian Huber

Funktion: Vizepräsident

3. Steffen Kilian

Funktion: Vizepräsident

Batraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. Ellen Jacob

2. Kathrin von Holst

3. Jenny Knoop

4. Dagmar Mager

Gesamtzahl der Mitglieder:

12 Mitglieder am 27.05.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Rat der Weiterbildung - KAW e.V.
2. GRETA - Projekt des DIE
3. Bundesarbeitsgemeinschaft Freier Schulen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Parlamentarisches Verfahren; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Kinder- und Jugendpolitik; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Digitalisierung; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. vertritt als Dachverband freie Bildungseinrichtungen in der fröhkindlichen Bildung, im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Weiterbildung, beruflichen Qualifizierung, Sprachqualifizierung und in der Erwachsenenbildung und im Hochschulsektor.

Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht die Stärkung der gesellschaftspolitischen, rechtlichen und

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Bildungsangebot freier Träger. Der VDP e.V. steht für das Grundrecht, zwischen unterschiedlichen pädagogischen Konzepten, Bildungsangeboten sowie Bildungsanbietern wählen zu können. Ziel ist die Stärkung des Bildungswesens zum Nutzen der Allgemeinheit.

Als 1901 gegründeter Verband bindet er seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Reform Physiotherapiegesetz

Beschreibung:

Modernisierung der Ausbildungen des Physiotherapeutengesetzes. Teilakademisierung, Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit sind die politischen Ziele des VDP

Betroffenes geltendes Recht:

MPhG [alle RV hierzu]; PhysTh-APrV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

2. SGB III Modernisierungsgesetz

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf sieht im Wesentlichen Änderungen in folgenden Bereichen vor:

- Weiterentwicklung des Vermittlungsprozesses
- Veränderung im Leistungsrecht
- Anpassung von Förderinstrumenten
- Ausbau der Förderinstrumente der Bundesagentur für Arbeit durch Verfestigung der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

SGB III - Modernisierungsgesetz

Datum des Referentenentwurfs: 18.06.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407290011 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) alle SG dorthin

3. Reform Pflegeassistenz bzw. Pflegehilfeausbildung**Beschreibung:**

Der Entwurf sieht die Regelung eines Pflegeassistenzgesetzes, die Umsetzung des dazugehörigen Finanzierungsverfahrens durch Änderung der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflAFinV) sowie Folgeänderungen vor. Mit dem Pflegeassistenzgesetz wird ein eigenständiges und einheitliches Berufsprofil für die Pflegefachassistenz als Heilberuf i.S.d. Art. 74 Absatz 1 Nr. 19 GG geschaffen. Die neue Ausbildung löst die bisherigen landesrechtlich geregelten Pflegehilfe- und Pflegeassistentenbildungen in diesem Bereich ab.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen

Pflegeassistentenbildung bzw. alternativ: Pflegehilfeausbildung

Datum des Referentenentwurfs: 15.07.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) alle RV hierzu

Betroffenes geltendes Recht:

PflBG alle RV hierzu; PflAPrV alle RV hierzu; PflAFinV alle RV hierzu

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung alle RV hierzu; Gesundheitsversorgung alle RV hierzu; Pflege alle RV hierzu; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" alle RV hierzu; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" alle RV hierzu

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2408040002** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) alle SG dorthin
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) alle SG dorthin

Versendet am 17.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages alle SG dorthin

2. **SG2409170015** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024**Beschreibung:**

Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen (§ 4 Nummer 21 UStG). Hier insbesondere die geplante Neufassung, dass Leistungen der Fortbildung nach § 4 Nummer 21 Satz 1 Buchstabe a Satz 2 UStG künftig nur dann befreit sind, wenn sie von Einrichtungen erbracht werden, die keine systematische Gewinnerzielung anstreben.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407300010 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Pflegekompetenzgesetz

Beschreibung:

Vertretung der Pflegeberufe auf Bundesebene unter Einbindung der Vertretung der Pflegeschulen in freier Trägerschaft sowie Regelungen hinsichtlich der Modellvorhaben gemäß § 14 PflBG.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14988 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz (Pflegekompetenzgesetz - PKG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409300160 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. Referentenentwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung

Beschreibung:

Kommentierung und Anmerkungen der Vorschläge des BMI, Integrationsprozesse zu beschleunigen und "ein wirtschaftliches Integrationskurssystem zu gewährleisten".

Referentenentwurf:

Fünfte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 10.10.2024

Federführendes Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

IntV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2410250006](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Bundes-Tariftreuegesetz

Beschreibung:

Der Referentenentwurf für das Tariftreuegesetz hat das Ziel, die Tarifautonomie zu stärken und tarifvertragliche Arbeitsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes sicherzustellen. Das Gesetz sieht vor, dass Unternehmen, die Bundesaufträge ausführen, mindestens die tarifvertraglich festgelegten Arbeitsstandards einhalten müssen. Dazu gehören die Entlohnung, bezahlter Mindesturlaub und geregelte Arbeitszeiten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14345 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) (Vorgang)

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2410280009](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.10.2024 an:

Bundesregierung

2. **SG2508050026** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

8. Forderungen anlässlich der Bundestagswahl 2025

Beschreibung:

Der VDP fordert mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 zur Zukunft Bildung insbesondere (1) Bildung zur Priorität zu machen: Bildungsinvestitionen ausbauen und freie Träger gleichberechtigt beteiligen, (2) Bildungsqualität zu sichern: Fachkräftemangel im Bildungsbereich entgegenwirken, (3) Patientenversorgung zu sichern: Gesundheitsfachberufe zügig reformieren, (4) Integration erfolgreich zu meistern: Angebot von Integrations- und Berufssprachkursen sichern, (5) Weiterbildung und Qualifizierung zu stärken: Verlässliche Finanzierung zielgerichteter arbeitsmarktpolitischer Bildungsmaßnahmen und (6) Bürokratie abzubauen: Bildungseinrichtungen entlasten

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2505160003** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.01.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Formulierungen zum Koalitionsvertrag 2025 der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Innovation

Beschreibung:

Der VDP formuliert Forderungen zur Aufnahme im Koalitionsvertrag 2025 im Bereich Investitionen auszubauen, Bundesbildungsprogramme zukunftsorientiert zu gestalten, freie Träger gleichberechtigt zu beteiligen

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bundestag" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2505160004 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

10. Formulierungen zum Koalitionsvertrag 2025 der Arbeitsgruppe Innen, Recht, Migration und Integration

Beschreibung:

Der VDP formuliert Forderungen zur Aufnahme im Koalitionsvertrag 2025 zur Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für das Gesamtprogramm Sprache zur erfolgreichen Gestaltung von Integration.

Interessenbereiche:

Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bundestag" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2505160006 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

11. Formulierungen zum Koalitionsvertrag 2025 der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Beschreibung:

Der VDP formuliert Forderungen zur Aufnahme im Koalitionsvertrag 2025 für eine verlässliche Finanzierung und nachhaltige Strukturen für Weiterbildung und Qualifizierung

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bundestag" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2505160007 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

12. Formulierungen zum Koalitionsvertrag 2025 der Arbeitsgruppe Gesundheit**Beschreibung:**

Der VDP formuliert gemeinsam mit dem DBSV e.V. und dem VDB Forderungen zur Aufnahme im Koalitionsvertrag 2025 im Bereich der Reform der Gesundheitsfachberufe für eine attraktive und praxisnahe Ausbildung, ein verlässliches Finanzierungssystem und dem Erhalt der Eigenständigkeit der Bildungsträger und Durchlässigkeit der Karrierewege

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bundestag" [\[alle RV hierzu\]](#);
Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2505160005 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

13. Sondervermögen - Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes (LuKIFG)**Beschreibung:**

Ziel der Interessenvertretung des VDP im Zusammenhang mit dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) ist die Sicherstellung, dass Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft bei der Umsetzung des Gesetzes gleichberechtigt berücksichtigt werden. Der VDP setzt sich dafür ein, dass im Gesetzgebungsverfahren und in der Verwaltungsvereinbarung verbindliche Regelungen getroffen werden, die freien Schulträgern einen diskriminierungsfreien Zugang zu Fördermitteln ermöglichen, insbesondere durch eine eigenständige Antragsberechtigung und klare Vorgaben zur praktischen Umsetzung der Trägerneutralität.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 314/25 \(Vorgang\) \[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz - LuKIFG)

Zuständiges Ministerium: [BMF \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Parlamentarisches Verfahren [\[alle RV hierzu\]](#);
Schulische Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#);
Sonstiges im Bereich "Bundestag" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2507100027 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung

Beschreibung:

Der VDP begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung mit dem nun vorliegenden Referentenentwurf zur Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung das Qualifizierungsangebot für eine weitere Zielgruppe vorantreibt. Das Ziel der Stellungnahme ist eine zu- künftsfähige, finanzierte und praxisnahe Qualifikation zur Pflegefachassistenz zu etablieren: Dafür braucht es Refinanzierung von Schulsozialarbeit an Pflegeschulen in freier Trägerschaft.

Referentenentwurf:

Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 05.06.2025

1. Federführendes Ministerium: [BMBFSFJ \[alle RV hierzu\] \(Vorgang\)](#)
2. Federführendes Ministerium: [BMG \[alle RV hierzu\] \(Vorgang\)](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Pflege [\[alle RV hierzu\]](#); Schulische Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2508050025 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

20.001 bis 30.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

430.001 bis 440.000 Euro

Beitragzahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. Landesverband Deutscher Privatschulen Baden-Württemberg e.V.
2. Landesverband Bayrischer Privatschulen e.V.
3. Landesverband Deutscher Privatschulen Nordrhein-Westfalen e.V.
4. Landesverband Deutscher Privatschulen Sachsen-Thüringen e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[JA_Lobbyregister_2023.pdf](#)